

A7 35 Jahre nach der friedlichen Revolution – im Herzen vereint, finanziell getrennt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 08.11.2024
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

1 Im Herbst 1989 war die Hoffnung groß - auf Einigkeit, Recht und Freiheit. Den
2 Menschen auf den Straßen und Plätzen in Magdeburg, Halle, Leipzig, Berlin und
3 nicht zuletzt auch in Quedlinburg ging es konkret um ihre Unfreiheit, die
4 Gängelung und Willkür der Stasi, die Angst und darum, ihre Würde und Grundrechte
5 wieder zu erkämpfen.

6 Und sie errangen mit der friedlichen Revolution Demokratie, Freiheit und einen
7 Rechtsstaat. Das war und ist jedoch kein Selbstläufer.

8 Jahrelang schien die Mauer unüberwindbar – hier hörte für viele die Welt auf.
9 Doch diese Mauer wurde niedergedrückt – ganz ohne Gewalt und ohne den Verlust
10 von Menschenleben. Doch die echte deutsche Einheit war nur mit der
11 Selbstdemokratisierung der Ostdeutschen und einer dann wirklich demokratischen
12 DDR erreichbar. Erst diese konnte dann schließlich legitimiert die nötigen
13 Verhandlungen zur deutschen Einheit führen.

14 Im Jahr 2024 steht die Demokratie erneut unter Beschuss – und das in ganz
15 Europa. Die Regierungschefin in Italien wird von den “Brüdern Italiens”
16 gestellt, in den Niederlanden gibt es jetzt eine rechte Regierung und auch die
17 schweizerische Volkspartei ist auf dem Vormarsch – über Orban, Le Pen oder die
18 immer noch stärkste Kraft in Polen, die PiS-Partei haben wir dann noch gar nicht
19 gesprochen. In Deutschland etabliert sich die AfD – und das nicht nur in
20 Ostdeutschland. Jedoch gerade in Ostdeutschland ist die AfD flächendeckend als
21 erwiesen rechtsextremistisch eingestuft.

22 Trotzdem oder gerade deswegen hat die “Alternative für Deutschland” Wahlerfolge
23 errungen. Bei der Kommunalwahl, Europawahl und zuletzt bei den Landtagswahlen im
24 Osten. Diese Ausprägungen und Entwicklungen bereiten uns, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
25 Sachsen-Anhalt, sehr große Sorgen. Gerade wegen des “Bündnis 90” in unserem
26 Namen. Denn Im Februar 1990 entstand dieses Bündnis aus zwei Bewegungen mit dem
27 Ziel und Ausgangspunkt nicht eine Demokratie zu verteidigen, sondern erst einmal
28 eine zu schaffen. Dieses Bündnis entstand aus mehreren Bürger*innenbewegungen.
29 Eine davon war das “Neue Forum”. Diesem gehörte unter anderen unser
30 Landtagsabgeordneter Olaf Meister seit 1989 an, der selbst hautnah auf dem
31 Domplatz in Magdeburg an der friedlichen Revolution mitgewirkt hat.

32 Die weiteren Bürger*innenbewegungen, die gewaltfrei, mit Montagsgebeten aber vor
33 allem mutig auf den Straßen Ostdeutschlands demonstrierten, waren die Initiative
34 Frieden und Menschenrechte (IFM) und “Demokratie jetzt”. Diese Menschen haben
35 sich selbst, mit großer Selbstwirksamkeitserfahrung aus einer Diktatur befreit.

36 Nun 35 Jahre später wählen viele Ostdeutsche, aber auch ihre Kinder, eine
37 gesichert rechtsextreme Partei:

- 38 • Eine Partei, die die Existenz der Bauern gefährdet, indem sie die
39 gemeinsame Agrarpolitik und ihr Förderinstrument ablehnt.
- 40 • Eine Partei, die Menschen mit Beeinträchtigungen verachtet, indem sie
41 unter anderem beeinträchtigte Kinder ausschließlich auf Förderschulen
42 verbannen möchte.
- 43 • Eine Partei, die Ängste schürt, statt für Zusammenhalt und Solidarität zu
44 stehen.

45 Die friedliche Revolution von 1989 hat uns gezeigt, was Menschen gemeinsam
46 erreichen können, wenn sie für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte
47 eintreten. Diese Werte leiten uns bis heute. Die damaligen Demonstrationen waren
48 auch ein Protest gegen Ignoranz, Stillstand und die Zerstörung unserer
49 Lebensgrundlagen. Der Mut, das alte System infrage zu stellen und für eine
50 bessere Zukunft zu kämpfen, prägt unser politisches Handeln bis heute. Wir sehen
51 uns in der Verantwortung, die Errungenschaften der Wendezeit zu verteidigen und
52 die Vision einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft weiterzuentwickeln.

53 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist und bleibt weiterhin klar
54 anifaschistisch und kämpft für den Erhalt unserer Demokratie. Dafür braucht es
55 flächendeckend und über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg solide politische
56 Bildung. Die Träger der politischen Bildung im Land Sachsen-Anhalt brauchen eine
57 gesicherte Finanzierung (aus Bund und Land), Planbarkeit und kein ständiges
58 Antragsschreiben. Wir brauchen jetzt dringend das Demokratiefördergesetz auf
59 Bundesebene.

60 Das geeinte Deutschland wird gepredigt, aber zumindestens finanziell ist die
61 Deutsche Einheit an vielen Stellen noch nicht erreicht. Gleichwertige
62 Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen in West und Ost sind noch nicht
63 vollendet.

64 Vor wenigen Monaten wurde der erste Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung
65 veröffentlicht. Hier wird vieles unterstrichen, was die Menschen in Sachsen-
66 Anhalt schon lange in ihrem Alltag wahrnehmen. Demografischer Wandel,
67 Überalterung, vorzeitige Sterblichkeit sind wesentliche Herausforderungen. Der
68 Indikator „vorzeitige Sterblichkeit“ spiegelt dabei einen, im Ländervergleich,
69 besonders schlechten gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung, wider. Hier
70 sticht Sachsen-Anhalt neben Thüringen deutlich heraus.¹ Erst fast 35 Jahre nach
71 der Wiedervereinigung wurde das Niveau der Renten in Ost und West im Juli 2023
72 angeglichen.

73 Zum 1. Juli 2024 sind die gesetzlichen Renten das erste Mal einheitlich für Ost-
74 und West angestiegen. Jahrzehntelang haben sich Ostrentner*innen abgehängt
75 gefühlt. Jetzt könnte die Angleichung gelingen. Aber: Zwei Faktoren gefährden
76 die soziale und finanzielle Gerechtigkeit nach wie vor. Denn neben der
77 gesetzlichen Rentenvorsorge sind die private und betriebliche Rentenvorsorge zu
78 wichtigen Standbeinen geworden. Nur nicht im Osten. Lediglich 24% der
79 Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt verfügen über eine betriebliche Altersvorsorge
80 – damit ist unser Bundesland einmal mehr auf dem letzten Platz.² Die Zahl der

81 Beschäftigten mit staatlichem Zuschuss für die betriebliche Altersvorsorge nahm
82 im Jahr 2023 weiter ab. Nur 25.006 Beschäftigte erhielten 2023 eine bAV-
83 Förderung.³

84 Der Ost-Renten-Schock kommt jedoch erst noch. In den nächsten Jahren gehen genau
85 die Menschen in ihre wohlverdiente Rente, die nach 1989 die vielen Umbrüche vor
86 allem in ihrer eigenen Erwerbsbiografie erlebt haben. Darauf ist das
87 Rentensystem noch nicht vorbereitet. Aber zur Rentenanpassung: Weil zeitgleich
88 die bisherige Hochwertung der beitragspflichtigen Einkommen in Ostdeutschland
89 abgeschafft wurde, erwerben die Beitragszahler in Ost nun niedrigere
90 Anwartschaften auf ihre Einkommen. Das hat eine aktuelle Studie des ifo
91 Instituts Dresden deutlich gemacht.⁴ Die Rentenangleichung war schneller als die
92 Lohnangleichung. Mit Blick auf die Folgen niedriger Stundenlöhne in den neuen
93 Bundesländern für die künftigen Rentenansprüche der Beschäftigten muss
94 spätestens jetzt der gesamtwirtschaftliche Lohnrückstand abgebaut werden, um
95 neben der Lohn- auch Rentengerechtigkeit zu erreichen.

96 Erst am 22. Oktober 2024 war Ost-West-Lohnlückentag. Gegenüber einem
97 bundeseinheitlichen Lohnniveau arbeiten die Menschen in Ostdeutschland von da an
98 bis zum Jahresende rein rechnerisch ohne Entgelt. Auch Sachsen-Anhalt hat eine
99 eher geringe Tarifbindung im Vergleich zu anderen Bundesländern. Beim Monatslohn
100 zeigen sich die größten Nachteile einer fehlenden Tarifbindung in
101 Ostdeutschland: In Sachsen-Anhalt verdienen Beschäftigte in tariflosen Betrieben
102 monatlich 14,2 Prozent weniger als Arbeitnehmer*innen in vergleichbaren
103 Betrieben mit Tarifbindung.⁵ Die Tarifbindung in Sachsen-Anhalt beträgt in 2022
104 48 Prozent. Das ist kein schlechter Stand, aber noch lange nicht im führenden
105 Drittel der Bundesländer. Die Landesregierung hat sich in ihrem
106 Koalitionsvertrag darauf verständigt, Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung zu
107 unterstützen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes ist ein erster
108 Schritt. Uns ist dies aber noch zu wenig.

109 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen die Tarifbindung noch weiter
110 erhöhen, indem die Vergabe von Fördermitteln, Wirtschaftshilfen und ähnlichem an
111 die Bedingung geknüpft wird, dass Unternehmen und Institutionen Tariflöhne
112 zahlen sowie Tarifverträge einhalten.

113 Auch bei Erbschaften und Vermögen stehen der Osten und auch Sachsen-Anhalt ganz
114 hinten an. Sachsen-Anhalt belegte bei den steuerpflichtigen Erbschaften und
115 Schenkungen in 2022 mit 65 € pro Einwohner*in (oberhalb der Freibetragsgrenze)
116 den letzten Platz. Eine Auswertung des MDR zeigt: Im Westen wurde 2022 pro
117 Einwohner*in gut neunmal so viel steuerpflichtiges Vermögen vererbt oder
118 verschenkt wie in Ostdeutschland. In den alten Bundesländern profitiert nicht
119 nur ein größerer Anteil der Bevölkerung, gleichzeitig sind die Erbschaften und
120 Schenkungen im Schnitt auch höher als im Osten.⁶ Diese Ungleichheit resultiert
121 nicht daraus, dass die Ostdeutschen nicht fleißig genug wären. Vor allem trägt
122 das deutsche Steuersystem nicht dazu bei, dass Vermögen dorthin geht, wo
123 Leistung erbracht wird. Das deutsche Steuersystem fokussiert stark auf
124 Konsumsteuern und Arbeitssteuern (Einkommenssteuer etc.) und kaum auf das
125 Vermögen oder Erbschaften. Dieser Umstand sorgt dafür, dass die Ungleichheit
126 auch im Landeshaushalt sichtbar wird. Während Bayern 2022 3,3 Milliarden Euro
127 (5% des Landeshaushalts) durch Erbschafts- und Schenkungssteuern einnahm, waren
128 es in Sachsen-Anhalt lediglich 26,4 Millionen Euro (0,2% des Landeshaushalts).
129 Die Vermögensteuer ist seit 1997 ausgesetzt. Wir Bündnisgrüne auf Bundesebene

130 fordern schon lange die Einführung einer neuen Vermögenssteuer insbesondere nach
131 der Corona-Krise.⁷

132 Die Vermögenssteuer soll dabei erst ab hohen Vermögen von mehr als 2 Millionen
133 Euro pro Person greifen und jährlich 1 % betragen. Um Unternehmen nicht zu stark
134 zu belasten, sollten gleichzeitig Begünstigungen für Betriebsvermögen eingeführt
135 werden und Investitionsanreize geschaffen werden.

136 Nach dem Gerechtigkeitsbericht und der deutlichen Erkenntnis, dass Vermögen in
137 diesem Land ungleich verteilt ist und wir gleichzeitig dringend Investitionen in
138 unsere Infrastruktur, soziale Sicherheit, Demokratieförderung und Sozialstaat
139 sowie Bildung, Forschung und Entwicklung brauchen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
140 Sachsen-Anhalt diese Forderung gegenüber dem Bund auch als Landespartei
141 verdeutlichen. Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer und könnte den
142 Landeshaushalten laut DIW rund 17-35 Milliarden Euro pro Jahr zuführen.

143 Um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen, aber auch um mehr Investitionen in die
144 Infrastruktur und Zukunft dieses Landes tätigen zu können, fordern wir als
145 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

146 ¹[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsber-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsbericht-der-bundesregierung-2024.pdf)
147 [icht-der-bundesregierung-2024.pdf](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsbericht-der-bundesregierung-2024.pdf)

148 ²<https://www.axa.de/presse/betriebliche-altersversorgung-ausbaufaehig>

149 ³[https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/zahl-der-beschaefigten-](https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/zahl-der-beschaefigten-mit-staatlichem-zuschuss-fuer-die-betriebliche-altersvorsorge-nahm-auch-2023-weiter-ab)
150 [mit-staatlichem-zuschuss-fuer-die-betriebliche-altersvorsorge-nahm-auch-2023-](https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/zahl-der-beschaefigten-mit-staatlichem-zuschuss-fuer-die-betriebliche-altersvorsorge-nahm-auch-2023-weiter-ab)
151 [weiter-ab](https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/zahl-der-beschaefigten-mit-staatlichem-zuschuss-fuer-die-betriebliche-altersvorsorge-nahm-auch-2023-weiter-ab)

152 ⁴[https://www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatz-zeitschrift/angleichung-](https://www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatz-zeitschrift/angleichung-ostdeutsche-rente)
153 [ostdeutsche-rente](https://www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatz-zeitschrift/angleichung-ostdeutsche-rente)

154 ⁵https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008594/p_ta_analysen_tarifpolitik_96_2023.pdf

155 ⁶[https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/erbschaft-erbe-](https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/erbschaft-erbe-vermoegen-osten-westen-100.html)
156 [vermoegen-osten-westen-100.html](https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/erbschaft-erbe-vermoegen-osten-westen-100.html)

157 ⁷https://cms.gruene.de/uploads/assets/Steuern_Arguhilfen_2021.pdf